

Internet bringt repressive Staaten in Bedrängnis

Digitale Revolution, digitale Demokratie, digitale Wirtschaft: Der virtuelle Raum greift auf reale Politik und Gesellschaft über. Dabei entzieht sich virtuelles Wissen staatlicher wie privater Kontrolle.

Marlis Stubenvoll

Wien – Das Internet als Medium der Emanzipation wird vielfach propagiert – und kritisiert. „Wenn du eine Gesellschaft befreien möchtest, gib ihr Internetzugang“, sagte etwa der ägyptische Online-Aktivist Wael Ghonim zwei Jahre nach Beginn des Arabischen Frühlings. Der Politologe David F. J. Campbell formuliert es vorsichtiger: Digitales Wissen verbreite demokratische Ideen, verhilft aber noch nicht zum Erfolg.

Der Forscher vom Institut für Wissenschaftskommunikation und Hochschulforschung an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt untersucht im Sammelband „Cyber-Development, Cyber-Democracy and Cyber-Defence“, wie Wissen durch neue Technologien in die Welt kommt und was es in einer Gesellschaft bewirkt.

Ideen verkaufen

Die Wirtschaft nutzte schon früh den rasanten Aufstieg der Informationstechnologie für sich. Wenn Rohstoffe knapp und Arbeitskräfte teuer werden, können immer noch Ideen verkauft werden. Unter dem Schlagwort „Cyber-Development“ entdeckten einige Staaten im letzten Jahrzehnt die ökonomischen Vorteile einer gut ausgebildeten, gut vernetzten Bevölkerung.

Auch China investiert bekanntlich in Innovation. Wissen als Ressource geht nie zur Neige und kann über moderne Technologien ohne großen finanziellen Aufwand vervielfältigt und um die Welt geschickt werden. Immer mehr Geld der Wirtschaftsmacht fließt in die Forschung und in die Bildung der Bevölkerung. Wissen

bleibt aber nicht dort stehen, wo ein totalitäres Regime die Grenzen ziehen möchte, gibt Campbell vor allem für China zu bedenken.

„Unsere Hypothese lautet, dass sich eine Wissensökonomie nur dann weiterentwickeln kann, wenn es auch eine demokratische Entwicklung gibt“, sagt Campbell. Gerade das Internet bringt repressive Staaten in Bedrängnis. Der Motor für die wirtschaftliche Generierung und Verwertung von Wissen bietet auch Platz für Bilder und Meinungen, die außerhalb

der Weltanschauung eines autoritären Staates stehen.

„Das heißt aber noch nicht, dass es nach dem Kollaps eines Regimes automatisch zu einer Demokratie kommt“, sagt Campbell. Im Arabischen Frühling begehrte eine junge, gut vernetzte Gesellschaftsschicht auf. Über 93 Millionen Nachrichten tauschten User aus dem In- und Ausland über Twitter aus, um zur Revolution in Ägypten Stellung zu beziehen. Die Welt nahm durch die Blogger vor Ort Anteil am Geschehen, auch

wenn offizielle Stellen Informationen zurückhielten. Die Umwälzungen in der arabischen Welt zeigen, wie ungewiss der Ausgang einer Revolte ist: Während Tunesien erste Schritte auf dem Pfad der Demokratie macht, herrschen in Libyen seit dem Sturz des langjährigen Machthabers Muammar Gaddafi 2011 Chaos und Gewalt.

Die modernen Kommunikationstechnologien schleusen Wissen an der Kontrolle des Staates vorbei – aber auch Einzelpersonen können die Fäden über ihre eige-

nen Daten entgleiten. „Digitales Wissen besitzt die Eigenschaft, in alle Richtungen zu diffundieren“, sagt Campbell. Alles, was digital verfasst wird, sei es ein Gespräch oder eine E-Mail, könne jederzeit öffentlich gemacht werden.

Die freie Verbreitung von Wissen stützt die Demokratie, sie treibt sie aber auch an ihre Grenzen, wenn es um das Recht auf Privatsphäre geht: Das Briefgeheimnis verbietet das Ablichten und Speichern von Briefen. Im digitalen Raum setzt der rechtliche Schutz aus. Wie eine Postkarte liegt eine E-Mail für die Staatsgewalt da: unversiegelt, ungeschützt, für jeden einsichtig.

Chance für Zivilgesellschaft

Und ein weiterer gesellschaftlicher Konflikt entsteht in der Cyber-Democracy: In der Theorie führt der Zugang zu Bildung zu stärkerer finanzieller Gleichheit. In der Praxis steigen die Realeinkommen in Europa und den USA vor allem für jene, die auch vorher gut bezahlt waren. Die breite Bevölkerung profitiert weniger vom verfügbaren digitalen Wissen, als die Verfechter der Wissensökonomie es erwartet hätten.

Trotzdem sieht Campbell in Kommunikationstechnologien eine Chance für die Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern. Durch Mobiltelefone mit Internet dringen Informationen immer leichter in entlegene Gegenden vor. „Der Versuch, Wissen zu steuern und zu blockieren, läuft immer öfter ins Leere“, sieht Campbell die Zukunft der Informationsgesellschaft positiv. Das Wissen werde sich in digitaler Form weiter verbreiten – auch wenn einige Staaten derzeit noch versuchen, genau das zu unterbinden.



Bei einer prodemokratischen Protestbewegung von Studenten in Hongkong 2014 verwendeten die Aktivisten ihre Smartphones, um sich zu vernetzen; die chinesische Regierung könnte Smartphone-Apps verwendet haben, um sie auszuspionieren, meint eine US-Sicherheitsfirma.

Foto: AP/Wong Maye-E

Eine Perlenkette mit nur einem Stein

Diskussion über die drohende Reduktion von FWF-Mitteln und die Erhöhung der Forschungsprämie

Wien – Ulrike Diebold fühlt sich „alleingelassen“. Die Oberflächenphysikerin an der TU Wien drückt damit ihre Gefühle angesichts der nun beschlossenen Reduktion der Overheads durch den FWF aus. Damit wurden zuletzt die durch bewilligte Einzelprojekte entstandenen Mehrkosten im Bereich Infrastruktur abgedeckt – was es Uni-Rektoren und Leitern von Forschungsinstituten deutlich erleichterte, ihre Wissenschaftler Projektanträge schreiben zu lassen.

Gleichzeitig wurde nun aber, wie berichtet, beschlossen, die Forschungsprämie, den steuerlichen Freibetrag für Forschung betreibende Unternehmen mit Sitz in Österreich, ab 2016 von zehn auf zwölf Prozent zu erhöhen. Die Parallelität der Ereignisse macht Diebold, die 2013 den Wittgenstein-Preis erhielt, zumindest unruhig. „Obwohl ich keine Neiddebatte führen möchte und sagen muss: Die Erhöhung ist begrüßenswert. Innovative KMU könnten ohne diese Prämie kaum Anwendungsforschung machen. Ich arbeite selbst sehr anwendungsnahe.“

Man vergesse derzeit auf die Grundlagenforschung. Die Universitäten und der FWF seien

stark unterdotiert. „Und damit fehlt es an Möglichkeiten, Ideen zu fördern, durch die echte Umbrüche entstehen können“, sagt Diebold zum STANDARD.

Der FWF hatte Montag via Aussendung mitgeteilt, dass er die Overheads kürzen müsse. Grund: Man habe für die Finanzplanung für 2014 und 2015 einen Bedarf von rund 25 Mio. Euro angegeben. Dies habe sich aber als zu gering

herausgestellt, um weiterhin 20 Prozent der direkten Projektmittel zahlen zu können, weshalb es für das laufende Jahr zu einer „degressiven Gestaltung“ der Zahlungen kommen müsse. Die Universitätenkonferenz (Uniko) reagierte am Dienstag auf diese Ankündigung mit „Unverständnis“, ähnlich reagierten die Grünen.

Um die Auszahlung der Overheads hat es schon in der Vergan-

genheit ein äußerst zähes Ringen gegeben. Während in den USA laut Diebold durchschnittlich 50 bis 60 Prozent der Projektkosten bezahlt werden, wurden diese Mittel in Österreich erst 2008 beschlossen und nach einem Jahr wegen Budgetmangels wieder eingestellt. Seit 2011 wird der Aufschlag auf die Fördersumme wieder gezahlt – allerdings nicht bei allen FWF-Programmen. Zum Vergleich: In den EU-Programmen sind mittlerweile 25 Prozent Overhead-Zahlungen üblich, weshalb auch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft FFG ihre entsprechenden Zahlungen auf 25 Prozent vereinheitlicht hat. An einer Lösung des Problems im FWF soll derzeit gearbeitet werden.

Zur erhöhten Forschungsprämie äußerte sich unterdessen auch der Industrielle und Vorsitzende des Forschungsrats, Hannes Androsch. Er begrüßte die Erhöhung und meinte zum STANDARD, das sei nur ein Stein der „Perlenkette“, die der Staat in Sachen Forschung, Wissenschaft und Innovation knüpfen wolle. Man dürfe auf die anderen Steine nicht vergessen, sonst schmücke die Kette nicht wirklich. (pi)



Oberflächen-Physikerin Ulrike Diebold ist derzeit Sprecherin des Wittgenstein-Clubs und kritisiert die drohende Overhead-Kürzung.

Foto: APA



Der Politologe David Campbell von der Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt.

Foto: AAU